

# Die Linke

## Auszug aus dem Landtagswahlprogramm 2022 Die Linke

(...)

### **Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – gegen jede Queerfeindlichkeit**

DIE LINKE kämpft für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Wir stehen für eine Politik, die für die Gleichberechtigung verschiedener Lebensentwürfe eintritt. Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von „normal“ und „anders“.

Ausgrenzung, Diskriminierung, Beleidigungen und auch körperliche und sexualisierte Gewalt sind immer noch bittere Realität für lesbische, schwule, bi- und pansexuelle, asexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen. Viele von ihnen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile und Gewalt befürchten zu müssen. Einige von ihnen haben auch aus Angst vor oder aus erlebter Erfahrung mit gesellschaftlicher und familiärer Repression bzw. Gewalt ihre Heimatländer verlassen, was im Integrationsprozess oft noch nicht genug berücksichtigt wird. Geeignete Beratungsangebote müssen flächendeckend bereitgestellt werden.

DIE LINKE wendet sich ohne Einschränkungen gegen jede Form von Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bi- und pansexuellen, asexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen – sei es im privaten Bereich, in der Schule, am Arbeits- oder Ausbildungsplatz sowie in der medialen Öffentlichkeit. Jegliches Mobbing und jede Form von Gewalt stehen der Freiheit und Entwicklung der Persönlichkeit entgegen und widersprechen unserer grundsätzlichen Auffassung von einer sozialen, toleranten, freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.

Die Anerkennung der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gilt für alle Lebensbereiche und alle Lebensabschnitte – auch für ältere queere Menschen. Ihre Bedürfnisse müssen in sozialen, medizinischen und pflegerischen Bereichen stärker Berücksichtigung finden. Entsprechende Wohnprojekte sollen gefördert werden.

DIE LINKE fordert einen Neustart des Aktionsplans „Akzeptanz für sexuelle Vielfalt“. Wir wollen nicht weniger als 250.000 Euro pro Jahr bereitstellen, damit umfassende gesellschaftliche Bemühungen ergriffen werden können, um allen Formen von Queerfeindlichkeit nachhaltig zu begegnen. DIE LINKE hält das Thema für ein entscheidendes Menschenrechtsthema der Gegenwart, und dementsprechend muss das Budget erhöht werden. Alle zwei Jahre soll der finanzielle Bedarf überprüft werden. Wichtig ist diese Mittel nicht weiter dazu zu nutzen die elementaren Problemlösungen auf das Ehrenamt abzuwälzen. DIE LINKE unterstützt alle Selbsthilfeprojekte, die hier seit Jahrzehnten wertvolle Arbeit leisten und Menschen unter-

# DIE LINKE.

stützen, die Hilfe benötigen. Die Mittelaufstockung muss statt kurzfristiger Projektförderung die Professionalisierung bestehender und entstehender Strukturen im Blick haben. Um wirken zu können, müssen Projekte langfristig koordiniert und fachlich angemessen betreut werden.

Wir brauchen eine Studie, die konkrete Punkte benennt der Queerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein zu begegnen. Aufklärung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss gefördert werden. Das ehrenamtlich getragene „SchLau“-Projekt leistet mit seinem Ansatz der „peer education“ wichtige Arbeit. Dieses Projekt muss durch das Land verstärkt gefördert und ausgebaut werden, um möglichst flächendeckend an Schulen eingesetzt zu werden. Außerdem gehören alternative Lebensentwürfe in Lehrpläne und Schulbücher. Hierfür sollte ein Auftrag an eine Fachstelle gehen. Wir wollen möglichst viele Lehrkräfte und sozialpädagogisch Tätige schulen, Gewalt aufgrund von Queerfeindlichkeit wahrzunehmen und ihr zu begegnen.

Transgeschlechtlichen Menschen muss in allen Bereichen mit mehr Sensibilität begegnet werden. Auch wenn wir das erniedrigende Transsexuellengesetz auf Landesebene nicht beenden können, wollen wir auch unter diesen Bedingungen in der Schule, im Krankenhaus oder in Behörden auf die tatsächliche Identität der Menschen eingehen, egal welche Merkmale ihnen ihr Pass aufzwingt. DIE LINKE setzt sich für eine Einrichtung von Unisex-Toiletten zusätzlich zu den Frauen und Männer Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden ein.

Wir wollen mehr Coming-Out-Hilfestellungen. Gerade in ländlichen Regionen fehlen entsprechende Anlaufstellen, die insbesondere Jugendlichen helfen, den Übergang vom inneren zum äußeren Coming-Out möglichst schnell und für ihre Persönlichkeit positiv zu vollziehen. Hierbei sind Mischkonzepte von Off- und Onlineangeboten zu nutzen. Hilfesuchende Menschen sollen informiert und ermuntert werden, ihre Rechte wahrzunehmen, um Gefahren zu erkennen und ihnen zu begegnen. Auch hier müssen ehrenamtliche Strukturen professionalisiert werden. Oft sind Initiativen mit Menschen konfrontiert, deren Problemlagen von Mehrfachbenachteiligungen geprägt sind. Hier brauchen wir fachlich hochqualifiziertes Personal.

Grundsätzlich fordern wir in allen Städten und Kreisen die Einrichtung einer ausreichend geförderten Beratungsinstitution zu jeglichen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsfragen.

Wir wollen einen respektvollen Dialog mit Religionsgemeinschaften, um für die Notwendigkeit der Akzeptanz von sexueller Vielfalt zu sensibilisieren. Der besonders unter stark konservativen oder gar fundamental-religiösen Menschen vorhandenen Queerfeindlichkeit muss in der Beratung sowie in der Öffentlichkeit wirksam begegnet werden.

Um vielen dieser Forderungen auch durch Verwaltung und Politik des Landes Gewicht zu verleihen, fordert DIE LINKE die (Wieder-)Einrichtung eines „Referats für die Vielfalt sexueller Identitäten“ in einem Ministerium. Dieses Referat soll

sowohl die Außendarstellung emanzipatorischer Politik der Landesregierung als auch die logistische und finanzielle Ausstattung von Beratungs- und Begegnungsangeboten in allen Regionen des Landes wahrnehmen. Die Förderung aus Landesmitteln wird dafür als ausreichende institutionelle Förderung und nicht als Einzelprojektförderung vorgenommen.

### **Gegen Menschenhass und Ausgrenzung – für ein weltoffenes Land**

In Zeiten sich vertiefender sozialer Spaltungen und der Krise individueller Lebensentwürfe finden rechte, vereinfachende Deutungen zunehmend Gehör. Gesellschaftliche Verunsicherung wird von rechtspopulistischen Kräften auch in Schleswig-Holstein genutzt, um Menschenhass und Ausgrenzung zu fördern, faschistische und profaschistische Parteien, Organisationen und Gruppen haben sich stark ausgebreitet und – angestachelt durch die allgegenwärtige Hetze gegenüber Geflüchteten – gab es auch in Schleswig-Holstein Anschläge auf Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete. Der Politik der Angst setzen wir unsere Menschlichkeit und unsere Solidarität entgegen. Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sagen wir den Kampf an, auf der Straße, in den Parlamenten und in den Köpfen.

Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie Zebra e.V. oder Programme für Aussteigerinnen und Aussteiger aus der rechten Szene müssen genauso verlässlich finanziell unterstützt werden wie die lokalen Bündnisse, die sich gegen rechts und für ein weltoffenes Schleswig-Holstein stark machen.

Anstatt Kriegsehrenmäler wie in Laboe zu finanzieren, wollen wir Schulen finanziell unterstützen, damit Schüler\*innen antifaschistische Erinnerungsorte besuchen oder sich für das Projekt „Schule ohne Rassismus“ engagieren können.

Wir unterstützen die antifaschistische Bildungsarbeit und setzen uns für Erhalt und weitere Entwicklung der Gedenkstätten ein. Sie brauchen Planungssicherheit und entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung, um ihrer Funktion der Erinnerung und Mahnung gerecht zu werden.

Aktionstage und andere Events können Menschen sensibilisieren, informieren und Impulse geben. Die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ist allerdings konkret und geschieht vor Ort – im Sport, in der Schule, im Gemeinderat. Und sie ist eine Auseinandersetzung nicht nur mit organisierten Rechtsextremen, sondern auch mit Alltagsrassismus und Vorurteilen.

DIE LINKE in Schleswig-Holstein tritt für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die Verfassung des Landes von Schleswig-Holstein ein, die die Wiederbelebung und Verbreitung faschistischen Gedankenguts, die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten für verfassungswidrig erklärt. Eine solche Klausel soll Staat, Kommunen und jeden Einzelnen verpflichten, sich für die Erhaltung des Ziels einzusetzen und wäre ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus.

Der 8. Mai soll als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Faschismus“ staatlicher Feier- und Gedenktag in Schleswig-Holstein werden.

Wir werden mit der AfD in Schleswig-Holstein in keiner Weise kooperieren. Eine Partei, die laut darüber nachdenkt, Menschen zu erschießen, die Religionsfreiheit einschränken will und die durch völkische Ideologie geprägt ist, wird von der LINKEN bekämpft. Das Erstarken der AfD zeigt, dass rassistisches Denken in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Wir wollen diejenigen stärken und im öffentlichen Raum sichtbar machen, die von der AfD bekämpft werden. Damit meinen wir aktive Antifaschist\*innen, queere Menschen, Sinti\*innen und Rom\*nja, Alleinerziehende, selbstbestimmt lebende Frauen, Geflüchtete, Niedrigverdienende und alle anderen Gruppen, die nicht in das Weltbild dieser Partei passen.

### **Institutionellen Rassismus bekämpfen**

Beispiele wie die rassistischen Internet-Beiträge von Polizeianwärtern der Polizeischule Eutin und die Untersuchungen rund um die Terrororganisation NSU, deren Mitglieder ungestört Menschen mit Migrationshintergrund ermorden konnten, zeigen, wie weit Rassismus in öffentlichen Institutionen verbreitet ist. Schon ein normaler Spaziergang kann für nicht-weiße Menschen zum Spießbrutenlauf werden, wenn sie auf Grund von Racial Profiling nach Ausweis und Aufenthaltsgenehmigung gefragt werden.

### **DIE LINKE in Schleswig-Holstein fordert:**

- eine wissenschaftliche Studie zu möglichen rechtsradikalen und menschenfeindlichen Einstellungen in der Landespolizei
- verpflichtende Antirassismus-Trainings für Mitarbeiter\*innen des öffentlichen Dienstes im Bereich Anti-Diskriminierung
- die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes durch Förderprogramme
- verstärkte Aufklärungsbemühungen der Straftaten gegen Geflüchtete

### **Geflüchteten helfen, Integration fördern**

Schleswig-Holstein ist, wie die gesamte Bundesrepublik, eine Einwanderungsgesellschaft. Viele Menschen mit internationaler Familiengeschichte leben seit Generationen hier, andere haben erst jüngst Schutz und Aufnahme gesucht: Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen sowie unterschiedlicher sexueller Orientierung. Sie alle bringen individuelle Denkweisen und kulturelle Traditionen mit. Kulturen sind keine statischen Blöcke, sondern durchlässige Formen, die ständig in Bewegung sind. Das Zusammenspiel und die Veränderung von Kulturen ist eine Konstante der Menschheitsgeschichte. Bei der Diskussion um das Zusammenleben von Angehörigen unterschiedlicher Kulturen geht es ausschließlich um das Wie. Diskussionen über das Ob sind realitätsfremd und rassistisch.

Solidarität ist unser Leitmotiv im Umgang mit geflüchteten Menschen. Jegliche Migrationspolitik muss das Ziel haben, allen Menschen die gleichen Rechte zu geben. Gleiche Teilhabe und Selbstbestimmung von Ausländer\*innen in SH, seien es nun EU-Bürger\*innen, Drittstaatenangehörige oder Staatenlose,

Arbeiter\*innen, Student\*innen, Schutzsuchende oder Illegalisierte, ist unser Ziel.

Die Landesregierung hat sich von diesem Ziel in der letzten Legislaturperiode immer weiter entfernt. Der Bau des Abschiebegefängnisses in Glückstadt und die Abschiebung von Menschen nach Afghanistan sind das Gegenteil von fortschrittlicher Migrationspolitik. Das Integrations- und Teilhabegesetz ist nicht ausreichend. Es enthält kaum neue Maßnahmen und vor allem wenig Konkretes. SH kann und muss da mehr tun. Viele Kommunen in SH haben sich bereit erklärt, Schutzsuchende Menschen aufzunehmen. Dafür wollen wir die Voraussetzungen erweitern und schaffen. Der Erklärung, sicherer Hafen zu sein, müssen endlich Taten folgen.

Humanitäre Aufnahmeprogramme sind eine wichtige Säule der Fluchtbewegungen und quasi die einzige Möglichkeit legal und vor allem geschützt nach Deutschland bzw. SH zu kommen. Diese müssen weiter ausgebaut werden. Der Bedarf ist da und viele Kommunen haben ihren Handlungswillen durch ihren Beschluss, „Sichere Häfen“ sein zu wollen, dokumentiert.

Wir begrüßen das Landesaufnahmeprogramm für 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete aus Äthiopien und Ägypten. Allerdings ist die Aufnahme von nur 500 Schutzsuchenden nicht ausreichend. Das Programm soll verlängert und mind. 500 Personen pro Jahr umfassen.

Die seit 2013 immer wieder verlängerte Aufnahmeanordnung für syrische Schutzsuchende mit Verwandten in Schleswig-Holstein muss auch weiterhin verlängert werden. Noch immer fliehen Menschen aus Afghanistan und die Praxis der Migrationsberatungsstellen im Bundesland zeigt, dass der Bedarf da ist. Ein großes Hindernis ist allerdings die Verpflichtungserklärung nach § 68 AufenthG (Aufkommensverpflichtung von Dritten für den Unterhalt der Person, die aufgenommen wird). Wir wollen diese in allen Aufnahmeprogrammen und folgenden Verlängerungen streichen, damit mehr Menschen von den Möglichkeiten der humanitären Aufnahme profitieren können.

- Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm für Schutzsuchende Menschen an den EU-Außengrenzen (Mittelmeer und Balkan-Route).
- Wir wollen, dass das im August angekündigte Landesaufnahmeprogramm für Afghan\*innen (Afghanistan/ Anrainerstaaten) endlich umgesetzt wird. Aufgrund der aktuellen Gefährdungslage vieler Menschen in Afghanistan fordern wir, die Aufnahmebedingung nicht an bestehende Verwandtschaften in SH zu knüpfen.
- Wir bekennen uns zum Ziel eine Welt ohne Grenzen zu schaffen, in der alle Menschen selbst entscheiden können, wo sie sich aufhalten wollen.

Über eine Bundesratsinitiative wollen wir die Gesetzgebung von 2019, dass das BAMF für Asylverfahrensberatung zuständig ist, wieder zurücknehmen. Die Behörde, die für Asylantragsentscheidungen zuständig ist, kann keine unabhängige Beratung leisten. Auch die so genannte „freiwillige Rückkehrberatung“ muss zurückgefahren werden.

Bis dahin soll die unabhängige Asylverfahrensberatung in SH weiter ausgebaut werden. Die Diakonie Schleswig-Holstein in einem Modellprojekt in Zusammenarbeit mit dem BAMF wieder damit zu betrauen, war ein guter erster Schritt, der

aber nicht ausreichend ist. Es müssen weitere Förderungs- und Umsetzungsmöglichkeiten geschaffen werden, um eine unabhängige Beratung zu gewährleisten

Es kann nicht sein, dass beispielsweise der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein für die Verfahrensberatung auf andere Förderungen, wie die UNO-Flüchtlingshilfe oder die Deutsche Postcode Lotterie angewiesen ist, weil die staatliche Förderung weggefallen ist.

Alle Asylantragssteller\*innen müssen dezentral untergebracht werden. Massenunterkünfte lehnen wir ab. Sie sind Integrationshemmnisse und verhindern den Zugang zu Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten. Die Wohnverpflichtung in einem bestimmten Kreis des Landes muss aufgehoben werden. Als Sofortmaßnahme wollen wir allen Familien mit Kindern aus den Sammelunterkünften heraushelfen. Auch Personengruppen besonderer Schutzbedürftigkeit (alleinstehende und von Gewalt betroffene Frauen, queere Menschen, Kinder, Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen, Erkrankungen und Behinderungen) müssen sofort aus Sammelunterkünften herausgeholt werden.

Als weitere Sofortmaßnahmen sind in den Unterkünften verpflichtende Schutzkonzepte zu etablieren und Mitarbeiter\*innenschulungen für alle Mitarbeiter\*innen in zentralen Unterkünften/Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende durchzuführen, die auf die besonderen Herausforderungen in den Unterkünften eingehen.

Die Härtefallkommission des Landes Schleswig-Holstein, die Ausreiseverpflichtungen aufheben kann, muss durch Vertreter\*innen migrantischer Verbände und der sonstigen Zivilgesellschaft ergänzt werden. Die Verfahrensgrundsätze wollen wir überprüfen und zu Gunsten der Betroffenen lockern.

Kreise, Städte und Gemeinden müssen mit ausreichenden finanziellen Mitteln und weiterem Personal ausgestattet werden, damit sie Geflüchtete in Wohnungen unterbringen sowie Unterstützung, Beratung und Integration von Geflüchteten gewährleisten können. Hierbei ist zu prüfen, ob bisher ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe Tätige auf Wunsch für entsprechende Aufgaben in einem vereinfachten Verfahren entsprechend qualifiziert dauerhaft in den Öffentlichen Dienst übernommen werden können. Kommunen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Nachbarschaftszentren und -initiativen müssen bei der Weiterentwicklung einer Willkommenskultur vom Land unterstützt werden, um zügig die Teilhabe von Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben ermöglichen zu können. Dazu gehören der Zugang zu Bildung und Arbeit ebenso wie zur Gesundheitsversorgung.

DIE LINKE fordert das Abschiebegefängnis in Glückstadt sofort zu schließen. Die Landesregierung fordern wir auf, Statistiken zu Inhaftieren, Haftgründen und Verfahren zu führen und Rechtsberatung einzuführen.

Haft ohne Verbrechen ist zynisch. Es gibt keine humane Haft. Die Bezeichnung der Landesregierung des Gefängnisses als „Wohnen minus Freiheit“ ist an Zynismus nicht zu überbieten. Besonders menschenfeindlich ist die Tatsache, dass es grundsätzlich möglich ist, dass dort Familien, Frauen und Kinder inhaftiert werden können.

Auch das Ausreisezentrum in Boostedt muss geschlossen werden.

Grundsätzlich wollen wir alle Abschiebungen aus SH abschaffen oder verhindern.

### ***Darüber hinaus fordert DIE LINKE***

- gleiche Regelungen für alle in den Landesunterkünften aufgenommenen Schutzsuchenden, damit alle die gleichen Möglichkeiten des Zugangs zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Asylverfahren haben.
- die Förderung durch das Land zur Erweiterung des Verfahrensberatungsangebots durch Aufstockung des Beratungsschlüssels sowie durch einrichtungsexterne Träger.
- die Gewährleistung unabhängiger Rechts- und Verfahrensberatung in möglichst allen Ankunftszentren, einschließlich individueller Verfahrensberatung als Ergänzung zur Gruppenberatung.
- die Anerkennung wirtschaftlicher Fluchtgründe für den Status subsidiären Schutzes als alternative Fluchtursache, denn kein Mensch verlässt seine Heimat ohne gewichtige Gründe.
- die Öffnung der Regeldienste der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung sowie der Eingliederungshilfe für Geflüchtete. Die Versorgung Geflüchteter ist in die Psychiatrieplanung des Landes aufzunehmen.
- die Einstufung von posttraumatischen Belastungsstörungen sowie Depressionen als lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung im Sinne des Aufenthaltsgesetzes. Bei der Diagnose posttraumatischer Belastungsstörung muss eine Aufenthaltssicherstellung von mindestens sechs Monaten erfolgen, damit eine professionelle Behandlung der Erkrankung gewährleistet werden kann.
- den Aufbau von dauerhaften Kooperationsstrukturen zwischen den auf Gewalt spezialisierten Frauenfacheinrichtungen und Angeboten der Migrations- und Geflüchtetenarbeit.
- die Verbesserung der Datenlage zu Geflüchteten mit besonderen Bedürfnissen wie beispielsweise bei psychischen Erkrankungen sowie systematische Erhebungen zur Gruppe der besonders schutzbedürftigen Personen gemäß der EU-Richtlinie 2013/33/EU.
- flächendeckende Qualifizierungsmaßnahmen zur beruflichen Integration, auch passgenaue Angebote für Personen mit einer beruflichen Teilanerkennung. Die Umsetzung des Anerkennungsgesetzes in Schleswig-Holstein muss beschleunigt werden.
- einen schnellen und unbeschränkten Zugang zu Sprach- und Integrationskursen mit Kinderbetreuung für alle Geflüchteten. Notwendig ist ein Konzept, das von Erstberatung bis zu Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag die notwendige Begleitung sichert. Wir wollen eine Qualifizierungsoffensive für Geflüchtete und Langzeiterwerbslose, denn Spracherwerb ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und für den Zugang zu Arbeit und Ausbildung.
- die Festlegung von landesweit einheitlichen, der Sicherung des Kindeswohls angemessenen Standards für Unterbrin-

gung, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Geflüchteten. Die Beteiligung und die umfassende Information der Minderjährigen über ihre Situation und alle Verfahren, denen sie sich unterziehen müssen, müssen sichergestellt werden. Hierzu ist die zeitnahe Einsetzung einer rechtlichen Vertretung dringend notwendige Voraussetzung.

- Kita-Plätze für alle geflüchteten Kinder in regulären Kitas. Diese müssen ausgebaut und personell gestärkt werden. Die größeren Kinder brauchen den Schulbesuch in regulären Schulen, nicht in Sammelunterkünften. Städte und Gemeinden sollen bei der Sicherstellung von ausreichend Plätzen in Schulen und Kitas für die Beschulung und die Betreuung von geflüchteten Kindern unterstützt werden.

Je zügiger die Integration erfolgt, desto schneller können die Eingewanderten ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben mitten in unserer Gesellschaft führen. Die Aufnahmegesellschaft kann und wird hierfür ihren Beitrag leisten. Weltoffenheit und Willkommenskultur sind die Voraussetzungen, um den Menschen, die Hilfe brauchen, einen guten Start zu bieten. Gleichzeitig ist erforderlich, dass Eingewanderte kulturelle Vielfalt und individuelle Freiheit akzeptieren und sich alle Beteiligten, Eingewanderte wie Einheimische, auf den demokratischen Wertekanon verpflichten.

Wer für längere Zeit oder auf Dauer in Schleswig-Holstein lebt, muss sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen können. Eingewanderte, Geflüchtete und Asylsuchende sollen nicht in der Situation bleiben, fremdbestimmter Gegenstand behördlichen Handelns zu sein, sondern müssen politische Beteiligungsrechte erhalten.

### ***Deswegen will DIE LINKE:***

- einen Landesintegrationsbeirat, in den jede\*r Einwohner\*in ohne deutsche Staatsangehörigkeit wahlberechtigt und wählbar ist. Der Landesintegrationsbeirat soll bei allen Gesetzesvorhaben angehört und beteiligt werden.
- dass auch Menschen ohne EU-Staatsangehörigkeit ein aktives und passives Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen erhalten, sofern Sie drei Monate durchgehend einen Erstwohnsitz in Schleswig-Holstein haben.

### ***Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Geflüchteten***

Wir brauchen die Entwicklung einer ernsthaften Strategie zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Dazu gehören diplomatische Offensiven der Bundesregierung und der EU zur Befriedung der Kriege und Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und in Europa, ein Ende der rassistischen Verfolgung von Sinti\*zze und Rom\*nja in vielen Ländern der EU selbst, der Stopp der Waffenexporte, der Kriegseinsätze der Bundeswehr, der polizeilichen und geheimdienstlichen Kooperation mit Diktaturen und wirksame Strategien zur Eindämmung schädlicher Klimaveränderungen. (...)

**„Ola! Witaj! Selam! Priwjet! Marhaba! Jambo! Salam!“ – aus Süd- und Osteuropa sowie aus außereuropäischen Kulturen Zugewanderte sind seit Jahrzehnten ein Teil Schleswig-Holsteins.**

Wie in anderen Regionen Mitteleuropas hat sich die Gesamtgesellschaft Schleswig-Holsteins in den vergangenen rund 50 Jahren durch die Zuwanderung von Menschen aus Südeuropa, der Türkei und Osteuropa sowie aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus afrikanischen Ländern deutlich verändert. Nicht in allen Fällen ist die kulturelle und soziale Gleichstellung geglückt. In Schleswig-Holstein kam es auch zu teils gewaltsamen Spannungen zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen. Seit den 1990er Jahren ist in einigen Teilen der Bevölkerung Schleswig-Holsteins ein fremdenfeindliches und rassistisches Potenzial zu beobachten, das sich in tätlichen Angriffen auf Wohnhäuser, Asylzentren und auf Einzelpersonen manifestiert; diese werden durch neofaschistische Gruppen und Einzelpersonen verübt. Dies hat die Integrations- und Kommunikationsbedingungen mancherorts noch erschwert und zu einer politisch und emotional aufgeheizten Polarisierung der gesamtgesellschaftlichen Atmosphäre geführt.

DIE LINKE will eine Gesellschaft mit Rahmenbedingungen, in denen jeder Mensch seine Fähigkeiten und seine Persönlichkeit entfalten kann, in der niemand außerhalb der Gesellschaft steht und jede Person sich einbringen kann. Das ist für das Zusammenleben aller Menschen notwendig und darf nicht politischem Kalkül geopfert werden.

Globale Menschenrechte und die Rechte des Grundgesetzes gelten für alle Menschen. Sie sind der unveräußerliche Maßstab des Zusammenlebens.

Aufgrund realer Probleme und Konflikte ist der Schutz kultureller, religiöser und ethnischer Minderheiten ein Muss für eine demokratische Gesellschaft. Dies gilt in sozial-, kultur- und bildungspolitischer Hinsicht ebenso wie in religiösen und ethnischen Bereichen.

**DIE LINKE fordert für den Erhalt und den Ausbau der kulturellen Vielfalt**

- Bildungsangebote, die interkulturelle Kompetenz in der Breite der Gesellschaft stärken, z.B. Diversity Trainings in Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Das Ziel interkultureller Kompetenz soll, soweit nicht schon geschehen, in allen Bildungsangeboten als Standard verankert werden.
- kulturelle Zentren in den Kreisen und kreisfreien Städten, in denen Bildungs-, Kultur- und Beratungsangebote, aber auch Konfliktlösung auf professioneller Basis durchgeführt werden können und die kulturelle Vielfalt in Schleswig-Holstein widerspiegeln. Eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung muss aus Landesmitteln garantiert sein.
- die Umsetzung der umfangreichen Empfehlungen des Abschlussberichts der Unabhängigen Kommission Antiziganismus in Schleswig-Holstein. Wir unterstützen Maßnahmen gegen Antiziganismus und zur Stärkung der Teilhabe von Sinti\*zze und Rom\*nja an sie betreffenden Angelegenheiten. Wir fordern die gesellschaftliche Aufarbeitung der Verfol-

gungsgeschichte der Sinti\*zze und Rom\*nja und wirken der tief verankerten strukturellen Diskriminierung und Ungleichheit entschieden entgegen.

- die angemessene finanzielle Unterstützung von Bildungsträgern der dänischen und friesischen Bevölkerungsgruppen sowie der Sinti und Roma. Deren Charakter der privaten Vereinsstruktur darf der grundsätzlichen Gleichbehandlung nicht entgegenstehen, weder beim schleswig-holsteinischen Anteil an der Finanzierung noch bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder logistischen Bedingungen wie Neu- und Umbauten, Ausstattung oder Schulbustransport.
- die Aufwertung der dänischen Sprache in den öffentlichen Schulen der Kreise Flensburg, Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und teilweise Rendsburg-Eckernförde. Im Landes- und teilweise Südschleswig sollte das Fach Dänisch an allen Schulen gewählt werden können, mindestens als zweite Fremdsprache. Dies dient der Kommunikation mit Angehörigen der dänischen Bevölkerungsgruppe und erhöht die Chancen der Berufsausbildung. In der universitären Ausbildung müssen mehr Lehrkräfte für den Dänischunterricht ab Klassenstufe 7 vorbereitet werden. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.
- eine bedarfsgerechte und langfristige Förderung der friesischen Sprache in den Kindertagesstätten. Friesisch muss zum festen Bestandteil in allen Schulen in Nordfriesland gehören. Zur Stärkung friesischer Kultur und Sprache gehört auch der Erhalt des Lebensraumes in Nordfriesland; im Bereich des Küstenschutzes fordern wir eine engere Zusammenarbeit zwischen Bundesländern und Nachbarländern bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen.
- eine verlässliche institutionelle Förderung der autochthonen, das heißt 1819 einheimischen Minderheiten aus Landes- und Bundesmitteln, damit die langfristige Finanzierung der Strukturen und Projekte der Minderheiten gewährleistet und gesichert ist. DIE LINKE wird im Landtag entsprechende Bundesratsinitiativen unterstützen.
- eine angemessene Medienpräsenz für die in Schleswig-Holstein gesprochenen Regional- und Minderheitensprachen. Mehr Berichte in den Regional- und Minderheitensprachen, aber auch mehr Informationen über den Alltag der hier lebenden Minderheiten sind unser Anspruch an den NDR, aber auch an andere elektronische und Printmedien. Die Initiative von Plattsprecher\*innen aus den acht Bundesländern »Funkloch stoppen« für eine öffentlich-rechtliche plattdeutsche Medienplattform unterstützen wir.
- die Schaffung von verlässlichen minderheitenpolitischen Instrumenten auf der EU-Ebene, so wie sie von der Europäischen Bürgerinitiative »Minority SafePack« gefordert worden sind.

Das Landtagswahlprogramm 2022 Die Linke SH im Internet: <https://bit.ly/3KDI1M0>